

Diese Zeitung erfordert  
keine Zusage von Werbung.  
Durch monatlich durch  
die von Beilage 10 Pf  
eingetragene in die  
Postleitzahlgruppe Nr. 632.

Zugelassen ist:  
50 Pf. für die Sogenannte  
Werbeplatte.  
Geschäftsanzeigen werden  
nicht aufgenommen.

# Der Proletarier

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postleitzahl: R 358 15. Postbezirk Hannover.

Verlag von A. Drey.  
Redaktion: A. Drey & So. beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Gerdien Drey, Hannover.  
Redaktionsstelle: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition:  
Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß 3002.

### Was wird mit dem Achtstundentag?

Dass in einer Haushirtschaft, etwa in einem landwirtschaftlichen Betrieb, alle arbeitsfähigen Familienmitglieder mitarbeiten, also mitproduzieren, ist eine Selbstverständlichkeit. Stellen wir uns vor, eine solche Familie umfasse zwölf arbeitsfähige Männer und Frauen, die im Familien-Wirtschaftsverband alle unterhalbsterechtig sind. Das Familienoberhaupt würde nun plausibel erklären: Fünf von uns arbeiten von heute an nicht mehr. Sie mögen spazieren gehen, sich Vergnügen machen oder was ihnen sonst beliebt. Die übrigen sieben arbeiten dafür länger, um mehr produzieren zu können, d. h. sie haben die Arbeit der fünf mit zu leisten. Mit Recht würde man da sagen, das Familienoberhaupt sei geistig nicht normal. Würden die sieben Arbeiternden jetzt nur so viel produzieren, wie sieben Personen seither so viele die Produktion von fünf Personen ganz aus, der Anteil des einzelnen am Lebensunterhalt aller zwölf Personen würde sich ganz automatisch verringern. Wenn aber die sieben genau soviel produzieren wie seither zwölf, so ergibt sich keine Mehrproduktion, wohl aber eine ganz unnötige physische Mehrleistung der sieben. Scheidel jedoch das Familienoberhaupt die fünf Nichtarbeitenden von der Teilung des Erbes aus, so kann er die an diesen Personen erzielte Ersparnis an sich rufen. Die fünf müssen aber nun entweder verfehl oder sterben, um leben zu können, weil sich für ihre Arbeitskraft anderwärts Verwendung nicht findet.

Wenn wir dieses Beispiel von der Haushirtschaft übertragen auf die Volkswirtschaft, so müssen die Schlussfolgerungen dieselben sein. Tatsächlich ist in den kapitalistischen Industriestaaten, also in den „Kulturstaaten“, die Praxis die gleiche wie in dem zuletzt erwähnten Falle unseres patriarchalischen Familienoberhauptes. Trotz unseres angeblichen Barenmangels haben die kapitalistischen Wirtschaftshäupter und ihre Regierungen bestimmt, dass Teil der Arbeitnehmer mit sechzehn Stunden (Abbau), die Arbeitszeit wird verlängert, jedoch hat Socialismus nicht erhöht. Schon die Tatsache, dass mit der Arbeitszeitverlängerung die Arbeitserlassungen einsetzen, kennzeichnen den ungeheuren Schwund mit dem Schlagwort Mehrproduktion. Die von den in den Betrieben zurückbleibenden Arbeitnehmern für die Entlassenen zu leistende Produktion ohne Bezahlung fließt als neuer Gewinn in die Taschen der Unternehmer. Es stehen nicht mehr Waren zum internationalen Anstand zur Verfügung als vorher, dann es ist ja gar keine Mehrproduktion eingetreten, auch nicht beim Übergang von der 8ständigen zur 12ständigen Schicht, denn  $5 \times 8$  Arbeitsstunden ergeben genau soviel wie  $2 \times 12$  Arbeitsstunden, nämlich 24. Der Staat kann mit dem neuen Mehrgewinn der Unternehmer keine Reparationen bezahlen, weil er den Gewinn ja nicht erhält. Dagegen hat der Staat jetzt erhebliche Steuerverluste infolge Ausscheidens der Arbeitslosen als Steuerzahler.

Wir sehen also, aus der Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923 erwächst weder der Wirtschaft im allgemeinen, noch dem Staat die Gesundung. Aber, werden die Kapitalisten sagen, mit dem Mehrgewinn aus Arbeitserlassung und Arbeitszeitverlängerung ohne Mehrzahlung können wir neue Arbeitsmöglichkeiten schaffen. Weshalb ist das aber nicht schon geschehen mit den im Ausland liegenden Goldmilliarden? Und sind die Käffele nicht produktionshindern, weil sie mangels jeder Konkurrenz die Preise diktieren können? Zum hundertsten Male sei es gesagt: Die kapitalistische Wirtschaft hat kein Interesse am Gemeinwohl, mag der einzelne noch so sehr Philanthrop sein. Übrigens werden die ins Ausland verschobenen Kriegsgewinne nicht zuhause liegen bleiben, sondern zwangsläufig sich in der ausländischen Wirtschaft befähigen. Unterdessen müssen wir unsere Erwerbslosen — die keine Steuern zahlen können — zwangsläufig unterstützen, es erwachsen also neben dem Steuerausfall erhöhte Ausgaben. Daneben werden viele Erwerbslose — durch die Schuld des herrschenden Wirtschaftssystems — Bettler, Diebe, Räuber und Mörder.

Auch hat allerdings der Reichsarbeitsminister Dr. Bruns wiederholt erklärt, seine Arbeitszeitverordnung sei nur eine Notverordnung oder als vorläufige Maßnahme gedacht. Daraus kann man schließen, dass die Notverordnung wieder beseitigt werden soll, man kann aber ebenso gut den Schluss daraus ziehen, dass sie der Übergang sein soll zum Vorkriegszustand. Der Arbeiterschaft ist auch wenig gedient mit den Worten Bruns, dass das Hauptgewicht der Regelung der Arbeitszeit den organisierten Tarifparteien überlassen bleibe. Doktor Bruns weiß ja selbst, dass er seine Verordnung zur indirekten Befestigung des Achtstundentages zu einer Zeitschicht, als die Gewerkschaften finanziell trainiert waren. Man kann auch Rückschlüsse ziehen aus der Tatsache, dass die unser Mitwirkung des Reichsarbeitsministeriums in der Arbeitszeitfrage gefällten Schiedsprüche für die Arbeiterschaft durchgängig schlechter sind, als die von nicht behörd-

lichen Instanzen gefällten Entscheidungen. Dieses Ministerium scheint also unter starkem Unternehmerdruck zu stehen.

Was soll nun mit der Arbeitszeitfrage, was soll mit dem Achtstundentag werden? Wann soll die Verordnung verschwinden? Wer bestimmt den Zeitpunkt dafür? Was gilt in der Arbeitszeitfrage, wenn die Verordnung aufgehoben wird? Soll die Arbeiterschaft erneut schwere Kämpfe führen um den Achtstundentag, den sie bereits besiegt und der ihr widerrichtlich entstritten worden ist?

Die Notverordnung ist kein Gesetz, der Reichstag hat noch immer die Aufgabe, die Arbeitszeit gesetzlich zu regeln. Wir erwarten von ihm, dass er die arbeiter-, staats- und wirtschaftsfeindliche Arbeitszeitverordnung, die nur im Privatinteresse der Unternehmer liegt, beseitigt. Wir erwarten aber auch, dass er den Achtstundentag gesetzlich festlegt. Schon heute sei deshalb daran erinnert, dass bei der kommenden Reichstagswahlbewegung die Arbeitszeitfrage mit zur Debatte stehen wird. Sie ist für uns eine der wichtigsten Fragen während der Wahlbewegung. Jeder Kandidat, der die Wirtschaftsordnung in einer kommenden günstigen Konjunktur vor Erschütterungen bewahren will, muss sich für die gesetzliche Festlegung des Achtstundentags im neuen Reichstag aussprechen. Tut er es nicht, so will er nicht die Interessen der Allgemeinheit, noch weniger die der Arbeiter und Angestellten vertreten, sondern er erschreibt die Wahrung des kapitalistischen Privateigentums auf Kosten gequalter Menschenkinder.

Ein reaktionärer Reichstag wird uns die Vorkriegsarbeitszeit bringen, ein von Sozialisten stark durchsetzter Reichstag dagegen muss uns den gesetzlichen Achtstundentag geben.

### Aus der Industrie

#### Chemische Industrie

##### Die Weltproduktion von Kunstoffen.

Die chemische Industrie hat durch die Einführung der Teerfarbstoffe in wenigen Jahrzehnten große Farbstoffproduktionen von Indigo und Krapp vernichtet und damit der Landwirtschaft der bedrohenden Gegenden ein vollständig verändertes Gepräge gegeben. Damit trat zugleich eine starke Verschiebung der wirtschaftlichen Kräfte in Erscheinung. Die Entwicklung der Kunstoffe-Industrie drängt die Frage auf, ob es mit der Seidenraupenzeit eines Tages nicht auch zu Ende geht. Heute kann die Kunstoffe jedoch die besten Qualitäten der Naturseide noch nicht erreichen, und es gibt Verwendungsmöglichkeiten, für die die Kunstoffe noch ungeeignet sind. Zugleich hat sich schon die Kunstoffe weite Gebiete erobert, und die Produktion hat eine Höhe erreicht, die die gesamte Produktion von Naturseide weit hinter sich lässt.

Nach einer Schätzung der „Americanischen Visko-Gesellschaft“ vom Dezember 1922 beträgt die jährliche Weltproduktion von Kunstoffen 79 738 000 engl. Pfund, der eine Weltproduktion von nur 59 Millionen engl. Pfund Naturseide gegenübersteht. Für das Jahr 1923 wird mit einer Produktionssteigerung von  $7\frac{1}{2}$  Millionen engl. Pfund gerechnet. Nach der Statistik sind die einzelnen Staaten an der Produktion folgendermaßen beteiligt:

Vereinigte Staaten . . . . .	23 500 000 engl. Pfund
England . . . . .	15 340 000
Deutschland . . . . .	12 584 000
Belgien . . . . .	6 292 000
Frankreich . . . . .	6 292 000
Holland . . . . .	2 516 000
Österreich . . . . .	1 573 000
Schweiz . . . . .	1 887 000
Ungarn . . . . .	1 887 000
Polen . . . . .	943 000
Italien . . . . .	6 292 000
Tschecho-Slowakei . . . . .	629 200
Gesamt-Produktion . . . . .	79 738 000 engl. Pfund

Eine andere Statistik zeigt die Steigerung der Kunstoffproduktion in den Vereinigten Staaten, wonach dort

1913 . . . . .	1 566 000 engl. Pfund
1918 . . . . .	5 828 000
1921 . . . . .	15 000 000
1922 . . . . .	22 406 000

erzielt wurde.

In den Kreisen des Naturseidenhandels hat diese Entwicklung bereits ernste Besorgnisse hervorgerufen, und eine amerikanische Gesellschaft sprach die Befürchtung aus, dass die Naturseide schließlich ganz verdrängt wird.

Wie stark das Wachstum der Industrie ist, geht aus einer Schätzung aus Fachkreisen hervor, wonach die Produktion von Kunstoffen seit 1913 in der Schweiz auf das Doppelte, in Deutschland auf das Vierfache, in Italien auf das Sechsfache und in den Vereinigten Staaten sogar auf das Fünfzigfache gestiegen ist. Demit ist die Entwicklung aber noch nicht abgeschlossen. Eine Reihe großer Firmen Nordamerikas beschäftigt mit erheblichem Kapitalaufwand neue Fabriken in Philadelphia und in Newhaven zu errichten. Auch England beschäftigt sich mit Neugründungen auf dem Kontinent, und die „Soviet-Gesellschaft“, die unter deutsch-schweizerischem Einfluss steht und in Deutschland schon Fabriken betreibt, baut zwei Fabriken in der Schweiz. Daneben errichtet eine Schweizer Gesellschaft in der Schweiz eine neue Fabrik, und ein englisches Syndikat hat in Jersey bereits eine Fabrik errichtet, die auf einen Betrieb mit 200 Arbeitern eingerichtet ist.

Die in Deutschland nach dem Kriege entstandenen Kunstofffabriken sind noch lange nicht auf ihre höchste Leistungsfähigkeit gebracht. Darunter befinden sich auch viele kleine Betriebe, die der Konkurrenz der großen Auslandsfirmen nicht gewachsen sind. Aber auch die deutschen Großbetriebe haben unter der Auslandskonkurrenz zu leiden, was weniger im Preis als in der Qualität seinen Grund haben dürfte. Wenn diese Firmen die Konkurrenz des Auslandes durch Verlängerung der Arbeitszeit und weiterer Herabsetzung der Löhne schlagen wollen, dürfen sie sich auf falschem Wege befinden. Mit einer schlecht bezahlten überangestrennten Arbeiterschaft lässt sich Qualitätsware nicht herstellen. Außerdem stehen der Verlängerung der Arbeitszeit in diesen Betrieben die schädlichen Einflüsse der Säuren und des Chloroformkohlenstoffes entgegen.

#### Arbeitszeit, Arbeitsleistung und Arbeitslöhne in der Kali-Industrie

Die Arbeitszeitfrage in der Kali-Industrie ist, da eine Vereinbarung mit den Arbeitnehmerorganisationen nicht zustande kam, durch Schiedspruch vom Reichsarbeitsministerium erledigt. Nach dem ersten Teil des Schiedspruches soll auf den Werken die Vorkriegsarbeitszeit hergestellt werden. Im zweiten Teil jedoch wird diese Bestimmung wieder aufgehoben. Gegenüber der Arbeitszeitregelung in anderen Industrien ist der Willkür der Arbeitgeber der Kali-Industrie fair und tot geöffnet. Als logische Schlussfolgerung ergibt sich daraus auch, dass die Arbeitszeit auf den einzelnen Werken recht verschiedenartig durchgeführt wird. In kontinuierlichen Betrieben wird auf mehreren Werken die zweite Schicht nicht voll ausgenutzt, weil in der zweiten Hälfte der zweiten Schicht gewöhnlich kein Kohlaz zum Lösen mehr vorhanden ist. Die in Frage kommenden Arbeiter werden mit Reinigungsarbeiten und dergleichen beschäftigt. Ob dieses Verfahren zur Steigerung der Leistung und Verbesserung der Produktion beiträgt, wage ich stark zu zweifeln. Unserer Ansicht nach ist der Schiedspruch über die Verlängerung der Arbeitszeit in der Kali-Industrie nach Prüfung der Verhältnisse auf den einzelnen Werken sehr remedialbedürftig. Die Arbeitgeber kümmern sich den Teufel um den Schiedspruch. Sie schaffen und wollen vielmehr ganz nach Belieben. Das Reichsarbeitsministerium lag in seiner Begründung zur Verbindlichkeitserklärung, dass eine vertragliche Regelung im öffentlichen Interesse dringend erforderlich und zur Erhaltung des Wirtschaftssiedens unbedingt notwendig sei. Man sieht sich unwillkürlich an den Kopf und fragt: Wie ist denn so etwas möglich? Ja, lieber Leser, beim heutigen Reichsarbeitsministerium ist eben alles möglich. Wenn es gut nicht anders geht, holt man sich ein paar Arbeiter von einem staatlichen Werk, die im günstigsten Falle ein Nachbarwerk von außen gehaben. Im Ra ist dann ein Schiedspruch fertig, den die Arbeitgeber anwenden können, wie es ihnen gerade passt. Über das Schicksal von Zahlerten und anderen entstehen von Arbeitern wird ganz nach Wunsch einiger Industrieherrn entschieden.

Durch die Verlängerung der Arbeitszeit soll bekanntlich die Friedensleistung wieder erreicht werden. Um nun der Öffentlichkeit, hauptsächlich aber den in Frage kommenden Behörden, für die zukünftige Zeit den Leistungsrückgang der Kaliarbeiter zu beweisen, hat die Kaliprüfungsstelle eine Zusammenstellung der Gesamtproduktion für die Jahre 1913 bis 1923 herausgegeben. Nachstehend lassen wir dieselbe folgen:

Jahr	Gesamtproduktion (Rohstoffe und Fabrikate) dz K.O	Verbrauchte Schichten der Klasse I—IV (Gesamtbetriebszeit)	Auf eine Schicht entfallen dz K.O
1913	11 102 740,69	10 191 551,36	1,09
1914	9 030 2,9, 7	8 081 143,2	1,12
1919	8 133 729,11	11 030 048,36	0,74
1920	10 550 519,89	15 126 122,—	0,70
1921	9 114 40,97	11 8 0 520,—	0,77
1922	12 483 327,47	12 848 212,—	0,97
1923	10 514 90,67	11 975 690,91	0,79

Nach der Aufstellung der Kaliprüfungsstelle, gemessen an der Leistung von 1913 mit 1,09 Doppelarbeitswerten, bedeutet das im vorigen Jahr einen Leistungsrückgang von 27,52 Prozent. Jeder Kaliarbeiter, welcher diese Aufstellung durchsieht, wird hierbei zu der Aufstellung kommen, dass die Kaliarbeiter ganz saule Kerle sein müssen. Dem Einem nach wurde das auch von den Arbeitgebern bei den Verhandlungen hervorgehoben und damit die beantragte Verlängerung der Arbeitszeit begründet. In dieser Aufstellung findet man kein Wort davon, wieviel Mann der Belegschaft an der eigentlichen Förderung und Verarbeitung beteiligt waren, auch kein Wort davon, welche Vorbereitungsschritte und sonstige unproduktive Arbeiten über Tage ausgeführt wurden. Das spielt unheimlich gut keine Rolle. Es wird einfach alles in einer Tafel genommen, die Gesamtproduktion mit den verjährten Schichten dividiert, und so glaubt man den Beweis für einen Leistungsrückgang der Kaliarbeiter erbracht zu haben. Diese Berechnungsmethode ist nämlich die einfachste und erfordert am wenigsten Kopzerbrechen.

Dagegenüber stellen wir die Beobachtung auf, dass die Leistung der Kaliarbeiter gestiegen ist, andererseits ist mit dieser Aufstellung der Beweis für einen Leistungsrückgang der Kaliarbeiter nicht erbracht. Jeder Kenner der Betriebswirtschaft weiß, dass innerhalb der letzten zehn Jahre die Nachfrage nach Rohsalzen in demselben Maße zurückgegangen, wie die Nachfrage nach Rohstoffen gestiegen ist. Aus diesem Grunde werden mehr Kaliarbeiter beschäftigt. Innerhalb der letzten Jahre hat eine Umstellung der Kali-Industrie stattgefunden. Nachstehende Tabelle soll das veranschaulichen:

Jahr	Gesamtbelegschaft	davon Fabrikarbeiter	% der Gesamtbelegschaft
1. 7. 1914	34 316	6 806	19,8
31. 12. 1922	54 211	19 934	36,8
1. 1. 1924	45 933	Rätere Angaben liegen nicht vor	

Die große Zahl der Kaliarbeiter ist nur zum Teil auf die schädliche Arbeitszeit zurückzuführen. In dieser Zahl sind die Arbeitgeber der Nebenbetriebe enthalten. Koalauerisch wird man in den wenigsten Betrieben gearbeitet. Es ist doch klar, dass man mehr Salze dem Veredelungsprozess unterwerfen werden, mehr Kaliarbeiter beschäftigt werden müssen. Diese wirken logischerweise drückend auf das Gesamtergebnis der Produktion. Es darf auch nicht vergessen

werden, doch diese Fabriken bedeutsam höher bezahlt werden als Rohholz. Ein Doppelzentner Karton, also Rohholz, kostet z. B. nur 0,82 Mk., während ein Doppelzentner schwefelkohles Kali mit 15 Mk. bezahlt wird. Das muß alles mit berücksichtigt werden. Die Werke haben keinen Schaden davon, sonst würden sie die Fabriken nicht bauen oder dieselben stilllegen.

Im Gegenzug dazu ein anderes Beispiel. Angenommen, sämtliche Rohstoffförderungen würden stillgelegt und die Arbeiter entlassen. Die Rohstoffförderung bleibt dieselbe. Bei rund 20 000 Arbeiter weniger auf sämtlichen Kartonwerken und bei der gleichen Fördermenge wird die effektive Leistung der übrigen Arbeiter um mindestens 40 Prozent steigen. Durch die Stilllegung der Fabriken würden aber auch nur noch circa die Hälfte der jetzt auf den Kartonwerken beschäftigten Handwerker gebraucht, die übrigen müßten ebenfalls entlassen werden. Eine weitere Steigerung der Leistung wäre die unausbleibliche Folge. Hierbei ist es ganz gleichgültig, ob die Berechnung effektiv oder in Doppelzentner K.O. vorgenommen würde. Im Jahre 1923 wäre dann nicht nur eine Durchschnittsleistung von 0,79 Doppelzentner, sondern mindestens 2,0 Doppelzentner je Schicht erreicht, ohne daß der einzelne Arbeiter mehr geleistet hätte als bisher. Wird diese untere grundfeste Anpassung als richtig angesehen — und das muß wohl auch die Ausprägungsstelle —, dann sollte man mit derartigen Zusammenstellungen über Durchschnittsleistungen der Kartonarbeiter die Fertigkeit nicht trennen, sondern zu einer anderen Berechnungsweise übergehen. Will man den Leistungssatz errechnen, dann dürfen nur diejenigen Arbeiter dafür in Frage kommen, die tatsächlich an der Produktion wie an der Verarbeitung beteiligt gewesen sind. Außerdem mögliche Sonderausstellung der Klassen I und II und andererseits der Klasse IVa, also ausschließlich Frauen und jugendlicher Arbeiter, erfolgen. Über auch hierbei würde sich für die Klasse IVa ein einwandfreies Bild nicht ergeben, weil die Belehrungsmöglichkeiten recht verschiedenartig sind und alles unter Halbproduktion gerechnet wird. Für die Zukunft dürfte das Bild aber doch schon ein etwas anderes werden. Mit der angeführten Tabelle ist jedoch der Leistungsrückgang der Kartonarbeiter nicht bewiesen. Jeder Kartonarbeiter weiß, daß er im vorigen Jahre ebenso intensiv arbeiten mußte wie vor dem Kriege. Wenn nun trotz intensiver Arbeit und trotz Einführung besserer technischer Einrichtungen auf den Werken innerhalb der letzten 10 Jahre die Durchschnittsleistung noch ganz erheblich zurückgegangen sein soll, so scheint da schon ein kleiner Fehler vorzuliegen.

Der Gesamtabzug für das Jahr 1923 betrug 8 839 423 Doppelzentner K.O. die Gesamtproduktion gegenüber fol 10 151 335 Doppelzentner K.O. betrugen haben. Will man aus dem wechselseitigen Abzug ausgerechnet am Ende des Jahres 1923 nur 1 653 000 Doppelzentner reines Kali auf den Kartonwerken als Vorräte gesagert haben? Ein Teil der Gesamtproduktion steht zweifellos seit durch den vorhandenen Abzug, der andere Teil kann jedoch nur auf Grund der lagernden Vorräte gezeigt werden, und was du manchmal alles zusammengebracht wird, das spricht einfach jeder Beobachtung. Auch hier wird etwas nicht ganz stimmen. Vielleicht gibt es das Jahr 1924 darüber Aufschluß.

Nach der Ansicht der Arbeitgeber gibt es nun keine sonderlichen Zweiter auf den Werken als die Kartonarbeiter. Diese Personen sterben sind auch zu rein gar nichts zu gebrauchen. Das nach sich letzten Endes in Lohnunterschieden bemerkbar machen. Ein Sozialabzug von 3,50 Mk., wie er augenblicklich für Kartonarbeiter besteht, ist noch viel zu hoch. Lieger einem zehnprozentigen Erhöhungswillen für diese Gruppe noch Spannungslösung eingeführt werden. Man will hier „freie Hand“ haben. Je nach Leistung und Erfahrung des einzelnen soll die Entlohnung erfolgen. Wer mit der Menge außer Atem seinen Vorgesetzten gegenüber den Befreiungsberechtigten erträgt hat, daß er gut hingehalten kann, soll dafür 3,15 Mk. bekommen, die übrigen wiederum nach Leistung 2,80 oder 2,50 Mk. Je weniger Lohn diese einsichtige Befreiungsberechtigung bekommt, desto eher wird sie genutzt sein. Überreste zu machen. Die letzte Gelegenheit dazu bietet sich jetzt, so eine Befreiung des Arbeiters zu verzeichnen ist.

Daß die Übertragungsarbeiter nicht die geringste Einsicht in volkswirtschaftliche Dinge haben, dafür haben sie bei Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen den Beweis erbracht. Die Lage der Papierindustrie werden sie durchaus nicht anerkennen, auch wenn sie nach dem Standard ein, bez. auf Stunden reine Arbeit, ein vollständig erfüllen. Dem Vorsitz der Unternehmer steht es sich nicht fügen und haben sie ein klagen und ganz feierlich geweigert, so ohne weiteres die 12-Stunden-Schicht zu schaffen. Wenn das Sibell auf der Tafel ausgesetzt werden soll, auf bei den Übertragungsarbeiten ganz gründlich berücksichtigt werden. Wenn wir nur die Unterlagendarbeiter ihr ans haben, mit der anderen wollen wir schon fertig werden.

Colleges! So denken nicht nur die Arbeitgeber, sondern sie bedenken auch vielfach daran. Gern lebt wird doch in dieser Zeit, Schafft der beste Arbeitnehmerstand auf den Werken gegeben. Sollten da nicht mit der Zeit dem interessenteren Arbeiter die Augen eröffnen?

## Papier-Industrie

### Abgelehnzt.

Um den Streit über die Arbeitszeitfrage in der Papiererzeugungs-Industrie einer Lösung, wenn möglich, einer Beendigung entgegenzuwirken, hatten die Arbeitnehmerorganisationen des Gewerkschaftsbundes zur Entscheidung angemeldet. Unter dem Vorstoß des ausserordentlichen Ausschusses der Kartonierer lagte vor 18 Jahren, d. h. die Schiedsgerichtszeit, die nach längeren Verhandlungen folgenden Schiedsentscheid füllte:

Die mechanische industrielle Arbeitszeit beträgt 48 Stunden. Je zwei der nachfolgenden Betriebsräte des Bezirkes können für Betriebe oder einzelne Betriebsabteilungen neue Arbeitszeit bis zu einer Gesamtarbeitszeit von höchstens 50 Stunden angeordnet werden.

Zur Arbeitszeit darf am 21. 2. 1924 in Kiel, gilt bis 31. 3. 1924 entsprechend und findet hinsichtlich der Industriewerke Preußisch-Westfälischer Gouvernierung.

Die mechanische Arbeitszeitverkürzung wird unter der Bedingung vorausgesetzt, daß bis zum 31. 3. 1924 ein für ein Arbeitstag der zu 48 Stunden eingeschränkt ist.

In der mechanischen Bergbauindustrie wurde nachdrücklich bestimmt, daß die von den Arbeitnehmern gewünschte Erhöhung der 12-stündigen Arbeitszeit auf 50 2 der Arbeitszeitverkürzung gestellt nicht zulässig ist. „Wettbewerbskraft der kapitalistischen Firma“ — bestimmt, daß der Begriff Arbeitsbereitschaft noch & z. der Arbeitszeitverkürzung für die Zeitsatz in der Papiererzeugungs-Industrie keine Sonderregelung ist. Der Verhandlungsbereich läßt zu. Zur Sicherung ausreichend, daß die Arbeitnehmer einen zweiten Zeitraum zu ihrer freien Verfügung aufgrund des Betriebes oder in einem sozialen Rahmen unterhalten, daß Betrieb haben müssen und daß sie mit dem Betrieb zu ziehen sind, wenn sie zur Tätigkeit im Betriebe geholt werden.

Dieser Spruch der Schiedsgerichtszeit erlaubt weiter die kurzfristige Anpassung der Arbeitszeit, nach der Schiedsgerichts-Verträge machen. Zur anderen Zeitraum kann mit besonderen Anstrengungen über den Spruch vorzugehen lassen, die zum Zeit bestreiten werden, oder auf den Betriebsvereintrag der einzelnen Betriebsräte. Langfristig ist Vorsicht vor den Zulassungen bestimmten Arbeitnehmern unter den Betriebsräten einzuhören. Diese Aufforderung wurde von keinem anderen Betriebesrat durchgeschrieben.

Der Gewerkschaftsbund der Industrie und Transportarbeiter hatte einige weitere Erhöhungen abgesegnet, bereits am 22. Februar den Zeitraum der Arbeitnehmerorganisationen zwischen geschlossen.

Der Vorstand des Centralverbandes christlicher Fabrik- und Transportarbeiter Deutschlands hat beschlossen, den Schiedsgerichtsvertrag des Reichsarbeitsministeriums für die Papiererzeugungs-Industrie vom 18. Februar 1924 abzulehnen. Sie erinnern an: Es gibt keine Möglichkeit, diesen Schiedsvertrag praktisch in den Betrieben einzuführen, und kann deshalb, unter den Gründen die Annahme des Schiedsvertrages nicht vertreten.

Die in diesem Schreiben gegebene Begründung ist rechtlich unklar und läßt den vertraglichen Abschluß freien Raum. Möglich ist, daß in konkurrierenden Betrieben der Papiererzeugungs-Industrie sich nur der 8- oder 12-Stundentag statt durchführen läßt. Nachdem Angefechtet des christlichen Arbeitgeberverbandes in verschiedenen Versammlungen sich für eine Verlängerung der Arbeitszeit eingesetzt haben, wäre insbesondere eine klarere Stellungnahme des örtlichen Verbandes notwendig gewesen. In diesem Zusammenhang wollen wir weiter darauf hinweisen, daß in den örtlichen Betrieben christliche Gewerkschaftsmitglieder die Bevölkerung aufstellen, daß bereits vor dem 17. November 1923 (dem Tage der Auflösung der Demobilisierung) über die Arbeitszeit eine bessere Arbeitszeitregelung möglich gewesen wäre, wenn der Fabrikarbeiterverband sich nicht dagegen gestraut hätte. Hierzu ist zu bemerken, daß derartige Verhandlungen weder stattgefunden, noch von irgendeiner Seite angeregt wurden, und daß es sich infolgedessen um eine Verleumdung schlimmster Art handelt, die hier von christlichen Mitgliedern gegen unseren Verband ausgesteuert wird.

Nachdem auch der Arbeitgeberverband den Schiedsvertrag abgelehnt hat, werden die einzelnen Unternehmer versuchen, eine betriebliche Regelung der Arbeitszeitfrage mit Hilfe der Gewerbeinspektion herbeizuführen. Wir ersuchen die Betriebsratsmitglieder unseres Verbandes, bei denartigen Verhandlungen dringend auf die Auslegungen des unparteiischen Vorsitzenden des Reichsarbeitsministeriums in bezug auf die §§ 2 und 9 der Arbeitszeitverordnung hinzuweisen und schärfste Stellung gegen die Einführung der 12-stündigen Arbeitszeit zu nehmen. Die Einführung der 12-stündigen Arbeitszeit ist productionstechnisch auch vollkommen unbegründet, da durch dieselbe eine Steigerung der Produktion nicht erreicht werden kann. Wir haben diese Tatsache sowohl bei den Verhandlungen mit den Arbeitgebern als auch vor dem Reichsarbeitsministerium hervorgehoben. Bestritten konnte sie von den Arbeitgebern nicht werden. Die Forderungen der Arbeitgeber an Einführung der 12-stündigen Arbeitszeit richten sich auf eine Verbilligung der Produktion, die dadurch herbeigeführt werden soll, daß die Arbeiter und Arbeitnehmer der Papiererzeugungs-Industrie bei 10 stündiger Arbeitszeit ungefähr dieselben Lohnesdienste erzielen sollen wie heute bei 8 stündiger Arbeitszeit.

Es wird sich zeigen, ob die Arbeitgeber unter Ausnutzung der derzeitigen schlechten Wirtschaftskonjunktur brutal genug sind, ihren Willen entgegen der wirtschaftlichen Auffassung unseres Verbandes und seiner Mitglieder durchzusetzen. Besonders die Arbeitgeber der Papiererzeugungs-Industrie das Sprichwort bewahrtheben, daß „Sie Unzufrieden führen und dafür Haft erkranken“. Wir sind heute schon fest überzeugt davon, daß durch die gemeinsame Einführung der 12-stündigen Arbeitszeit eine Erhöhung der Produktion nicht erreicht wird, daß vielmehr eine Verminderung der Produktion die Folge sein wird. Eine Folge, die deprimiert ist in den zehn Jahren langen Entwicklungen, denen auch die Arbeitnehmer in der Papiererzeugungs-Industrie während der Kriegs- und Nachkriegszeit in vollem Maße ausgesetzt ist. Das Verlangen der Arbeitgeber nach Einführung der 12-stündigen Arbeitszeit ist um so unverschämter, als tatsächlich in allen Industrien mit aussenwirtschaftlicher Papiererzeugungs-Industrie die Papierarbeiter dieser Länder nicht länger als acht Stunden pro Tag arbeiten.

Siegt in den Kreisen der Papiererzeugungs-Industrien nicht und im letzten Moment die Verunft, so geht die Papiererzeugungs-Industrie schweren wirtschaftlichen Kämpfen entgegen. Die organisierte Papierarbeiterkraft ist nicht gewillt, sich den Abstandstag durch ihre Unternehmer ranzen zu lassen. Sie wird dem Verlangen der Arbeitgeber den höchsten Widerstand entgegensetzen und die Kämpfe zu einer Zeit aufnehmen, die den Arbeitgebern zur Fortführung ihrer Betriebe günstiger erscheint als die heutige. G. Stüber.

## Fließzugsmitte-Industrie

### Was bringt eine längere Arbeitszeit in der Zucker-Industrie?

Die Arbeitgeber in der Zucker-Industrie gehörten zu denjenigen, die am laufenden nach Wiederwahl ihres. Das heißt nicht etwa, Sicherheit durch die Volksgesellschaft zur Leitung der Produktion, denn in der Zucker-Industrie wird gegenwärtig nicht produziert. Nein, man will eine längere Arbeitszeit für den einzelnen einführen, obwohl die Arbeitgeber der Zucker-Industrie auch darüber klar sind, daß dadurch das Herz der Arbeitlosen vergroßert würde. Bei den Verhandlungen nach längerer Arbeitszeit geraten aber die Arbeitgeber der Zucker-Industrie mit sich selbst in Widerspruch.

Bei allen früheren Lohnverhandlungen hat man den Gewerkschaftsvertretern immer wieder das Klopfspiel vorgelegt, daß die Zucker-Industrie nur zwei bis drei Monate im Jahre produziere. Die längere Zeit des Jahres liegen die Fabriken still. Man willte eine längere Arbeitszeit durchhalten, um zu Kampagne Facharbeiter zu haben, freilich nur für die Arbeitseigentümer soll es nicht gehen. Jo die Arbeit in einer Zuckerfabrik in der stillen Zeit wurde sogar mit einem Erholungspausen verglichen. Wir haben diese Gründe die ganze Zeit, weil wir der Auffassung sind, daß kein Kapitalist es kann zu machen mehr Lohn benötigt als es braucht. Jetzt, die Arbeitgeber der Zucker-Industrie haben besondere Gründe, bei den Verhandlungen diesen Standard einzunehmen. Wollen sie doch hiermit beweisen, daß sie nicht in der Lage seien, in der stillen Zeit Arbeit zu schaffen, wie sie nur einmal zum Leben nötig sind. Also, der Zweck bestätigt die Rüstung.

Jetzt, wo es heißt, eine längere Arbeitszeit zu begründen, da sind wir einmal die Arbeit, die in der stillen Zeit vertieft werden müssen, sehr wichtig. Ja sie sind es wichtig, daß unbedingt die Möglichkeit vorhanden sei auch 18 Stunden täglich zu arbeiten, weil sonst die Arbeit nicht rechtzeitig fertig wird. Welche wichtigen Gründe führen uns die Arbeitgeber für den Schmidtendag an? Es wird gelogen, eine Reihe von Fabriken zeigte Unzufriedenheit gegen die Dienstleistungen nicht die Möglichkeit nach Zelleben 18 Stunden arbeiten zu können, denn liegt die Gefahr vor, daß die Fabrik nicht bis zur Kampagne fertig sei. Auf die Erhöhung, welche Großbetriebe eingeführt, da doch Arbeitseigentümer genug vorhanden seien, wird gelogen. Hierfür reichen die vorhandenen Werkstätten nicht aus. Des weiteren wird gelogen, daß es sich zum Teil nicht um Betriebsteile im eigentlichen Sparte, sondern nur um Industrieleitung bez. Betriebsteile zur neuen Kampagne handele. Diese Arbeiten werden aber nicht von Handwerkern, sondern von eingesetzten Facharbeitern ausgeführt. Also, die Arbeiter, die nach früheren Aussichten ein neues Schiedsgericht in der Fabrik während der stillen Zeit hätten und die waren nur so durchschläpft, werden jetzt erst einmal zu wichtigen Facharbeitern, die mit Gewalt 18 Stunden arbeiten müssen, sonst wird die Fabrik nicht rechtzeitig fertig. Und noch schärfere Menschen, viele Sachverständige! Wir haben nichts dagegen, wenn sich diese Herren an diese Welt selbst entschließen. Das aber wäre nicht so, viele Gründe erfordern es, ebenso wie es nicht so ist.

Bei der Verlagsgesellschaft des Allg. Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S. 14, Inselst. 6, befinden sich die Aussichten und können bezogen werden:

**Das Jahrbuch des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Preis 3,50 Mk.**

**Die Bildungsbestrebungen der freien Gewerkschaften. Preis 4 Mk.**

**Henry Ford. Mein Leben und Werk. Preis 8 Mk.**

**Die Tragödie Deutschland. Preis 6,25 Mk.**

**Arbeitszeit, Arbeitslohn, Arbeitsleistung. Von Paul Hirsch und Richard Seidel. Preis 2 Mk.**

## Die Bezirk-Zahlstelle Gronau-Elze

(Elze Elze) sucht zum möglichst sofortigen Auftritt einen fähigen Geschäftsführer.

Bewerber müssen fünf Jahre Mitglied unserer Organisation politisch und organisatorisch befähigt und mit dem Kassenwesen vertraut sein. Der Bewerber ist beizulegen:

1. Eine selbstgeschriebene Darstellung des Lebenslaufes.

2. Schilderung der bisherigen Tätigkeit in der Arbeitbewegung.

3. Ein Aufsatz: Wie ist eine Bezirkzahlstelle zu leiten?

Wen wir aus die Zahlstellegebeten für die rechtzeitige Wiederaufnahme des Betriebes möglich sind, so sind es aber doch keine Produktionsarbeiter, die von irgendwelcher Machbarkeit oder von Durchsicht eignen. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter kann vermehrt werden, oder richtiger gesagt, man kann keine Kampagnenarbeiter mehr einzustellen, wenn man bei einem einzigen

1,50 Mk.